

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Redaktion: A. Heilmann in Düsseldorf 51, Corneliustr. 66. Besichte, keine Beiträge etc. sind grundsätzlich an den betr. Bezirksamtsvorständen einzusenden. Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei 12 der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post bezogen 3.— Mk. Expedition und Druck von Joh. van Aken in Krefeld, Luth. Kirchstr. 66. Fernsprech-Nr. 1358.

Nr. 22. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 30. Mai 1908. Fernsprech-Nummer 4423. 10. Jahrgang.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

In Gemäßheit der §§ 22 ff. des Verbandsstatuts (§§ 17 ff. des alten Statuts) wird die diesjährige ordentliche

Verbands-Generalversammlung

auf den 13. September d. J. und folgende Tage einberufen. Der Tagungsort (in Aussicht genommen ist eine süddeutsche Stadt) wird demnächst bekannt gegeben.

Ebenso wird die Wahlbezirkseinteilung (§ 23 bzw. § 18) baldigst veröffentlicht.

Den Ortsgruppenvorständen wird empfohlen, baldmöglichst Generalversammlungen der Ortsgruppen zwecks Beratung der Kandidatenfrage und etwaiger Anträge einzuberufen. Die Anträge müssen bis spätestens 2. August cr. bei dem Unterzeichneten eingegangen sein.

Die Bezirkskonferenzen (§ 40 bzw. § 35) finden in diesem Jahre nicht im Monat August, sondern erst nach der Verbands-Generalversammlung statt.

Düsseldorf, den 15. Mai 1908.

Mit kollegialem Gruß!

Der Zentralvorstand.

J. A. C. M. Schiffer, Vorsitzender.

Neue Zeiten — neue Aufgaben.

„Das Alte stirbt, es ändert sich die Zeit, Und neues Leben blüht aus den Ruinen.“ (Schiller)

Der Schwerpunkt der sozialen Bewegung unserer Tage liegt in dem Emanzipationskampf des vierten Standes, der ein Produkt der neuzeitlichen wirtschaftlichen Entwicklung ist. Durch Aufkommen des modernen Großgewerbes ist das gesamte politische und soziale Leben umgebildet worden oder noch in der Umbildung begriffen. Es kommt bei dieser Umbildung in der Hauptsache darauf an, dem Arbeiterstand seinen ihm zukommenden Platz in der Gesellschaft und den ihm zukommenden Anteil an den Gütern der geistigen und wirtschaftlichen Kultur zu sichern. Gelingt letzteres, dann wird in Wahrheit aus den Ruinen neues Leben erblühen.

Ueber die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens mit all den tiefgreifenden Folgen machte der Generalsekretär des Volksvereins für das kath. Deutschland, Dr. Pieper, z. B. in einer christlich-nationalen Arbeiterversammlung interessante Ausführungen: Wir leben nicht in einem Zeitalter ruhiger Beherrschung des wirtschaftlichen und Gesellschaftslebens, sondern in einer Periode der gewaltigsten wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und religiösen Umwälzungen, die im Augenblick das gesamte deutsche Volk in Gärung gebracht haben. Neues, das sich nicht mehr zurückhalten läßt, sucht Altes, was durch jahrhundertelangen Bestand geheiligt erschien, vom Boden zu verdrängen. Neue Gedanken sind, wie der Saft in die Ähren, in die Köpfe, vor allem der jüngeren Welt, emporgestiegen und ringen mit der alten, überlebten Gedankenwelt. Unanft wird das Wirtschaftsleben der einzelnen Erwerbsstände aus den alten, engen, leicht zu überschauenden, begrenzten Bahnen hinausgedrängt. Der Wirtschaftsmarkt, im Mittelalter und noch lange darüber hinaus bis auf unsere Zeit durch die engen Schranken eines Stadt- oder Landbezirks umschrieben und gegen das Eingreifen des fremden Wettbewerbes umgibt, wird zum Weltmarkt erweitert. Der Fabrikant im stillen Bergdorf muß mit den Materialpreisen, Arbeitslöhnen und sonstigen Betriebsbedingungen anderer Gegenden, die er oft nur den Namen nach kennt, rechnen. Der Handwerker, in früheren Jahrhunderten sozusagen Monopolinhaber des Gewerbes, der seit dem Mittelalter gewohnt war, durch das beherrschende Regiment und die Zunftstatuten feste Kundschaf und gute Preise gesichert zu sehen, hat das Recht an den Großbetrieben abgeben müssen. Neben diesem Nebenbuhler, der bevorzugt ist durch Kapitalkraft, Ausnutzung der fortgeschrittensten und ertragreichsten neuzeitlichen Technik, durch Vorteil beim Einkauf der Rohstoffe und beim Absatz der Erzeugnisse, muß er sich zu behaupten suchen. Der gleichen Entwicklung steht der mittlere und kleinere Kaufmann gegenüber, in dessen Kundengebiet Warenhäuser, große Spezialgeschäfte, oft mit zahlreichen Filialen, erobernd eindringen.

Umgewandelt ist das Arbeitsverhältnis. Dieser Wandel war notwendig in der immer gewaltiger amwachsenden Industrie. Der Arbeitsvertrag wurde freier Vertrag. Verkürzung überlanger Arbeitszeit und stetige Erhöhung der Löhne waren ermöglicht durch die glänzende Ergiebigkeit des industriellen und kaufmännischen Großbetriebes. So erhöhte sich die Lebenshaltung. Mit ihr wuchs aber auch der Drang der Arbeiter und Angestellten, auch gesellschaftlich emporzusteigen, höhere Stellung in Arbeiterverhältnissen in der bürgerlichen Gemeinschaft von Staat und Gemeinde zu erreichen. Das gewöhnliche Arbeitsverhältnis soll konstitutionell

neu geordnet werden, eine Verfassung annehmen, die die wirtschaftliche Gleichberechtigung von Unternehmer und Arbeiter verwirklicht, die durch das Gesetz schon vor Jahrzehnten gewährleistet ist. Welche scharfe Reibungen sind bis an den heutigen Tag dadurch in der Großindustrie, aber auch im Kleingewerbe entstanden. Am beginnen sich diese Reibungen auch durchzusetzen in den Staatsbetrieben, im landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnis, sogar im häuslichen Dienstverhältnis.

Damit war die Entwicklung nicht beendet. Es begann der Wettlauf um die, grundsätzlich mit Recht geforderte Staatshilfe und die Förderung nach sozialpolitischer Betätigung der Gemeinden und der Kreise. Schwere politische Interessentkämpfe scheinen wiederholt den ruhigen Fortgang der Staats- und Kommunalpolitik zu gefährden und die Bürger aufs schärfste zu entzweien.

Nicht geringe Zusammenstöße brachte die Entwicklung der Organisationen zur Selbsthilfe in Berufsvereinigungen und Erwerbsgenossenschaften. Ja manchmal scheint es zum Kampf aller gegen alle zu führen, wenn nicht Geduld geboten wäre, daß weise Einsicht Maßhalten lehre. Neben die gewerblichen Streiks treten vor allem die scharfen Kämpfe der Kartelle, Syndikate usw. Ganz neue Aufgaben wurden durch jene Umwälzungen gestellt der gemeinnützigen Wohlfahrtspflege, die dort eingreifen muß, wo Staats- und organisierte Selbsthilfe nicht ausreicht; wo es vor allem gilt, die durch den Rationalreichtum gebotene Möglichkeit einer erhöhten Lebenshaltung nun auch zu verwirklichen, indem das Volk erzogen wird, erhöhtes Einkommen umzusetzen in höhere leibliche, geistige und sittliche Kulturgüter, die erst das ganze Glück aufbauen. Hier erheben unermessliche Aufgaben einer besseren Ordnung der häuslichen Wirtschaft, des engsten Konsumtenkreises der Familie, dieser Urgelbe der Gesellschaft, Erziehung zur Wirtschaftlichkeit auch im Konsum des Erworbenen, höhere Pflege der leiblichen Gesundheit, des Bildungsstandes von Geist und Gemüt: welche große, weil bis in die kleinsten Häuten dringenden Probleme, sind da genannt, die nicht bloß an den Mann sondern auch an die Schulung und Erziehung der Frau appellieren.

So liegen die Dinge. Aus dieser Erkenntnis heraus wird dann die Einsicht entspringen, daß, wenn die Unterlagen des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens sich verschoben haben, der aus früherer Zeit überkommene Oberbau der Gesellschaftsordnung unzulänglich geworden ist oder gar an weiten Strecken zusammenstürzen muß, wenn wir ihn nicht den geänderten Verhältnissen gemäß umbauen. Also eine Neuordnung der Gesellschaftsordnung ist die Forderung der Zeit an uns, wenn nicht anderen Bauleuten, deren Gedankenwelt uns fremd oder feindlich ist, der neue Bau überlassen bleiben soll.

Wir müssen das soziale Leben erneuern, so daß wir lernen, die neuen Verhältnisse zu beherrschen und zu beherrschen, um sie in den Dienst einer gesteigerten Wohlfahrt des Volkes zu stellen. Ohne das kommt die Möglichkeit, durch Darbietung neuer Hilfsmittel und Kräfte die Menschheit auf eine höhere Kulturstufe zu heben, nicht zur Verwirklichung. Begreifen deshalb unsere Handwerker, Kaufleute und Landwirte nicht die neuzeitliche Entwicklung und die Forderungen der Menschheit, so kann nicht Staat und Gesellschaft sie retten in ihrem Ringen um die Erhaltung der mächtigen Wirtschaftskräfte und Wirtschaftsformen. Mögen sie technisch noch so sehr ausgerüstet sein, begreifen sie aber nicht die großen wirtschaftlichen Zusammenhänge und die daraus notwendig gegebenen Forderungen, so werden sie wie hilflose Kinder vor einer unvorstellbaren, wiederbringenden Naturgewalt dastehen. Dann würde eine große, für Jahrhunderte entscheidungbringende Uebergangszeit an ihnen ein verstandloses, leistungsunfähiges Geschlecht finden. Begreifen die Unternehmer und Arbeiter nicht, was ihnen den Weg zur Verständigung und zum gewerblichen Frieden weist, dann reiben sie in fruchtlosen Kämpfen jene Kräfte auf, die bestimmt sind, die höchstmögliche Entfaltung der Unternehmung zum beiderseitigen Besten zu bringen.

Neues soziales Denken, kurz, soziale Schulung des ganzen Volkes ist die erste und letzte Forderung unserer Zeit, die Grundbedingung einer Lösung der zahlreichen sozialen Fragen.

Was kann heute die soziale Lage des Volkes nicht heben, wenn es nicht selbst zuerst dazu verständnisvoll eigene Hand anlegt. Aber wie, mangelt es noch an diesem Verständnis und gutem Willen! Viele lehnen soziale Schulung und Betätigung ab, weil ihnen das Neue unsympathisch ist. Wieder andere Gruppen, Mitglieder der alten Erwerbsstände, werden sehen, weil das neuzeitliche Wirtschaftsleben einen ungleicheren Wettbewerb mit sich bringt oder die Forderung an sie stellt, ihr bisheriges Herrschaftsgebiet, zum Beispiel im Arbeitsverhältnis mit einer neuauftretenden Klasse, friedlich zu teilen. Im letzten Grunde sind alle diese Hemmnisse und Widerstände zu erklären aus der Scheu vor der Mühe des neuen Denkens und vor der Sorge des langwierigen Suchens nach einer Neuordnung der sozialen Verhältnisse. Es fehlt an geistiger Regsamkeit und am Vorwärtstreben. Denn wer vorwärts strebt und nicht lieber befragt auf altem Ergründe ruht, der begrüßt jede neue Möglichkeit des Fortschreitens. Betrachten Sie nur unsere jungen,

auffretende, christlich-nationale Arbeiterbewegung, wie sie an eine bessere Zukunft glaubt, wie sie freudig kämpft und Opfer trägt, wie sie nach sozialem Wissen dürstet, wie sie weite Kreise anderer Stände an politischer Regsamkeit, an Eifer, an Bildungshunger übertrifft.

Auch die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung — so bemerken wir zum Abschluß — kann nur gewonnen werden durch unermüdete Selbstbildung, innere Klarheit und Reife und widerstandsfähige, soziale Schulung.

Die Gewerbeaufsicht in Preußen.

Berichtsjahr 1907.

Alljährlich erscheinen die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten. Je nachdem wie der Beamte seine Stellung aufsaßt und ausfüllt, gewähren die Berichte mehr oder weniger einen Einblick in die Lebensweise des modernen Lohnarbeiters. Gleichzeitig geben sie mehr oder minder gute Fingerzeige, nach welcher Richtung hin unsere Arbeiterkategorie ein Ausbilden bedarf und auf welchen Gebieten sich die gewerblichen Organisationen der Arbeiter mit ihren Bestrebungen zu bewegen haben. Unter diesen Gesichtspunkten ist ein Studium der Gewerbeinspektionsberichte für den Gewerkschaftler doppelt notwendig und interessant. Leider bieten nach der gezeichneten Richtung hin manche Berichte nur sehr wenig. Sie beschränken sich zuviel auf das Rezerieren über die Tätigkeit der Beamten als Kontrollleure. Der Gewerbeinspektor soll aber nicht bloß die Durchführung der Arbeiterchutzgesetze überwachen, er soll auch Beobachtungen machen, wie sich die verschiedenen sozialen Einrichtungen, seien sie nun von der Gesetzgebung, dem Unternehmer, oder der Arbeiterchaft selbst getroffen, bewährt haben, und nach welcher Richtung hin sie einer Vervollkommnung bedürfen. In dieser Tätigkeit liegt nicht zuletzt der große soziale Wert der Gewerbeinspektion. Diese Art der Tätigkeit des Inspektors setzt natürlich voraus, daß er mit offenem Blick und ohne jede Vorurteilenshaftigkeit die sozialen Einrichtungen der Zeit verfolgt. Der badische Gewerbeinspektor Wörtschhofer hat in dieser Beziehung Großes geleistet.

Während die Berichte vom vorhergehenden Jahre von einem Hochstande des Geschäftsganges zu melden wußten, der auch auf das Arbeitsverhältnis eine günstige Wirkung ausübte, berichten die Beamten dieses Mal alle von dem

Niedergehen der Konjunktur.

welche im Berichtsjahre in mancherlei Erscheinungen zutage trat. Besonders im ersten Halbjahr, mehr noch im letzten Quartal 1907, machte sich das Sinken des Geschäftsganges in allen Zweigen der Industrie bemerkbar. Die Ursachen der Krise sind in unserem Organ verschiedentlich besprochen worden, so daß sich ein Eingehen auf dieselben überflüssig macht. Welche Folgen eine Krise für die Arbeiter nach sich zieht, ist bekannt und haben viele unserer Mitglieder mehr oder minder an eigenen Leiden erfahren müssen. Das „stramme Regiment“ des Arbeitgeber und seiner Angestellten macht in der Zeit schlappen Geschäftsganges dem Arbeiter sein Los doppelt fühlbar. Arbeitslosigkeit, vermindertes Einkommen durch Lohnreduzierung oder Kürzung der täglichen Arbeitsdauer begleiten den Arbeiter in den Frühling der Natur. Es wurde für den Arbeiter Herbst, oder gar Winter, strenger Winter. In keiner Zeit tritt die Unsicherheit der Arbeiterexistenz und die wirtschaftliche Ohnmacht des Einzelnen so deutlich zutage, als in der „schlappen Zeit“; und auch in keiner Zeit mehr die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Solidarität. In einzelnen Inspektionsberichten wird bemerkt, daß die Löhne des Arbeiters im allgemeinen zwar gestiegen seien, die ganz bedeutende Teuerung sich jedoch im Arbeiterhaushalt sehr ungünstig bemerkbar gemacht habe.

Ausdehnung der Industrie

in Preußen kommt in den Berichten deutlich zum Ausdruck. Das Wort „Rasthalten“ kennen die unternehmungslustigen Herren nicht. So lange es noch klappert, will jeder aus den Fleischböden der guten Zeit mithaben. Neue Werke werden gegründet, alte vergrößert. Und mancher Arbeiter fragt sich mit Recht, wo all das Zeug doch eigentlich bleiben möge. Und die Frage ist völlig berechtigt. Es wird nur drauf los produziert, bis der Markt nicht mehr aufnahmefähig ist. Dann kommt der gewaltige Kater. Der zügellosen Produktion kann auch durch eine starke Gewerkschaft ein Damm entgegengesetzt werden.

Der Ausdehnungsdrang der preussischen Industrie im Jahre 1907 kommt in folgenden Zahlen zum Ausdruck:

Die Zahl der der Gewerbeinspektion unterstellten Betriebe stieg im Berichtsjahre von 135 369 auf 141 999, mithin eine Zunahme von 6630 Betrieben. Die Zahl der gewerblichen Arbeiter stieg um 83 325 Personen, von 2 986 173 auf 3 069 498.

Nach Alter und Geschlecht zerlegt zeigt die Arbeiter-Zahl folgendes Bild:

Erwachsene	Männliche Arbeiter	Zusammen		
2 277 642	150 126	1901		
2 277 642	150 126	2 429 669		
Weibliche Arbeiter				
Über 21 J.	16—21 J.	14—16 J.	Kinder u. 14 J.	Zusammen
325 245	236 835	75 570	1150	639 829
3 069 498				

Im Vergleich zu 1906 hat die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter um 49 029, die der Arbeiterinnen um 24 790, die der jugendlichen um 8792 und die der Kinder um 714 zugenommen.

An den Zahlen ist die Textilindustrie beteiligt

wie folgt: Die Anlagen stiegen von 6698 auf 6728, ist eine Zunahme von 28 Betrieben. Die Arbeiterzahl vermehrte sich also:

Männl. Arbeiter	Arbeiterinnen	Jugendl. Arb.	Kinder
von 173 555	von 161 813	von 33 805	von 210
auf 174 919	auf 164 888	auf 34 475	auf 244
ist mehr 1364	ist mehr 3075	ist mehr 670	ist m. 228

Die Gesamtzahl der in der preussischen Textilindustrie beschäftigten Arbeiter stieg demnach um 8834 und hat die Höhe von 375 123 erreicht.

Diese Zahlen sind besonders

Lehrreich für die Arbeiterinnen.

Die Steigerung in der Anzahl der in der preussischen Textilindustrie beschäftigten Arbeiterinnen ist fast dreimal so groß als die der männlichen Arbeiter. Die Differenz in der Zahl der Arbeiter und der Arbeiterinnen ist nur eine bescheiden geringe, rund 10 000; geht die Steigerung so fort, werden letztere erkere bald überholt haben. Nicht ihrer schönen Augen wegen zieht der Arbeitgeber die Arbeiterin vor, sondern lediglich aus geschäftlichen Gründen. Die Arbeiterin stellt nicht die „hohen“ Ansprüche an Lohn und sonstigen Arbeitsbedingungen. Der Unternehmer zieht eine billige und willige Arbeitskraft vor. Diese Tatsache wird auch dadurch bewiesen, daß in der jetzigen Krise männliche Arbeiter entlassen und weibliche dafür eingestellt werden. In immer größerem Maße ist die Arbeiterin zur Konkurrenz des Mannes und zur Drückerin des Lohnniveaus geworden. Kann deutlicher als hierdurch bewiesen werden, wie notwendig die gewerkschaftliche Organisation für die Arbeiterin ist? Soll den Praktiken der Unternehmer ein „Widerstand“ entgegengestellt werden, dann muß das Bewußtsein der Interessengemeinschaft mit dem Manne die Arbeiterin zur Uebung der gewerkschaftlichen Solidarität führen. Das ist sie sich selbst und dem männlichen Arbeiter schuldig.

Mit der größeren Ausdehnung der Beschäftigung von Arbeiterinnen wird auch eine Erweiterung der Arbeiterinnenschutzbestimmungen

notwendig. Auf diesem Gebiete muß noch sehr vieles nachgeholt werden. Ein größerer Einfluß einer organisierten Arbeiterinnenschaft ist nach dieser Richtung hin notwendig. Die Arbeiterinnen selbst müssen geschlossener hinter den Forderungen unserer Sozialpolitik stehen. Sie müssen selbst ihre Stimmen erheben und Vorschläge machen, nach welcher Richtung hin unsere Gesetzgebung ausgebaut werden muß. Sollen Regierung und arbeiterfreundliche Parteien den sozialen Einflüssen vieler Schaffmacher widerstehen können und eine gründliche Arbeit auf dem Gebiete gesetzlicher Sozialreform leisten, dann bedarf es mehr wie bisher der tatkräftigen Unterstützung der Kolleginnen. Vorschläge machen, drängen und leiten kann in erster Linie in der Gewerkschaft geschehen. Die Arbeiterin muß Führerin auf dem Gebiete des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes werden. Für Deutschlands Zukunft ist diese Arbeit.

Aber noch aus anderen, aus ethischen Gründen sollen wir Aufmerksamkeit über die gewerkschaftlichen Bestrebungen unter die Arbeiterinnen tragen. Immer mehr wird die Frau ihrem natürlichen Beruf entrissen, in den Stempel des Erwerbslebens geprägt. Das schöne Ideal der deutschen Frau, das große Dichter unzählige Male besungen, droht immer mehr zu verblasen. Die braven edlen Eigenschaften der deutschen Frau, die wahrhaft weibliche Natur und Sitte, leiden unter den schädlichen Einwirkungen unseres modernen Fabriklebens. Die schönen Tugenden der deutschen Jungfrau zu schützen und zu erhalten, ist neben den kirchlichen Einrichtungen Aufgabe der Gewerkschaften. Diese schützende und erzieherische Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen kann nicht genug bemerkt werden. Deutsche Frauen müssen in der Welt behalten ihren alten, schönen Klang.

Wohltat oder Unrecht?

Seitdem die Arbeiterschaft in ihren Berufsverbänden eine starke Rückendeckung gefunden hat, hat sie es immer mehr wagen dürfen, die „Wohlfahrts-einrichtungen“ mancher Arbeitgeber in ihrer wahren Gestalt zu zeigen. Die Versicherungsstellen der Firma Krupp, die Jahre lang sich mit einem Störenfried umgeben durften, haben in letzter Zeit hauptsächlich durch das energische Dazwischenfahren des christlichen Metallarbeiterverbandes ihr Renomme berechtigter Weise völlig einbüßen müssen. Das bekannte Gutachten des Werner Professors Lotmar war eine vernichtende Kritik einer „Wohlfahrt“ Kruppischer Art. Eine gesetzliche Regelung des Pensionskassenwesens ist dringend notwendig. In der Reichstagsabstimmung vom 1. Mai cr. kam Kollege Wiesberts auf diese Angelegenheit zu sprechen und forderte eine Regelung der Verhältnisse der Werkspensionskassen im Rahmen des zur Beratung stehenden Gesetzes über den Versicherungsübertrag. Der Staatssekretär der Justiz, Niederding, antwortete unserm Kollegen, daß infolge der weitverbreiteten und steigenden

Warendorf.

Eine Verhandlung abgelehnt. Die Aus-
sperung verfehlt. Am 18. Mai war von unserm
Zentralvorstand, Kollegen Schiffer, der Versuch
gemacht, mit der Firma Brinhaus durch eine Ver-
handlung eine Verständigung herbeizuführen. Allein
eine Verhandlung wurde abgelehnt. Am Dienstag
Nachmittag hat dann auch noch der Arbeiteraus-
schuß verjucht, eine Einigung herbeizuführen, um die Aus-
sperung zu verhindern. Aber die Firma wollte
keine Verständigung. Am Dienstag Abend
wurden daher in Warendorf 93 und in Sassenberg
94 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt, weil sie
unsere Mitglieder sind.

Vielleicht hat die Firma gehofft, die Arbeiter
würden ihre Koalition preisgeben. Weit gefehlt.
Kein einziges Mitglied wandte. Arbeiter, die
bis zu 40 Jahren ununterbrochen bei der Firma
gearbeitet haben, sind ausgesperrt, weil auch sie
Menschenrechte beanspruchen. Welch eigenartige
Gedanken müssen bei diesen alten, im Dienste der
Firma ergrauten Arbeitern aufstiegen sein?

Die Mitbürgerschaft verurteilt fast ausnahmslos
das Vorgehen der Firma, umso mehr, als sie jeden
Versuch zu einer Verständigung abgelehnt hat. Seit
Mittwoch steht die Weberei in Sassenberg ganz still.
In der Weberei in Warendorf weben ein Weber
und fünf Meister.

Die Färberei liegt auch still. An den Mangeln
arbeiten in Warendorf 5 Arbeiter (aber keine ein-
gearbeiteten), 4 Arbeiter werden mit Fäden beschäftigt.
Jedenfalls ein ganz unrentabler Betrieb. Und doch
hätte alles dieses vermieden werden können, wenn
die Firma nur etwas guten Willen gehabt hätte.

Die Arbeitererschaft verhält sich ruhig und vertraut
auf ihr gutes Recht. Hoffentlich wird es möglich
sein, daß nunmehr auch bald die Firma einseht, daß
die guten alten Zeiten endgültig vorbei sind und
wie man sich mit den Arbeitern am besten verständigt.

Aus unsern Bezirken.

Thüringen-Sachsen-Brandenburg.

Die Ortsgruppe Reichenau hielt am 5. Mai
ihre Monatsversammlung ab. Herr Kantor Bernert
von hier hielt einen Vortrag über die Baumwolle.
Auf Antrag eines Kollegen wurde beschloffen, am
31. Mai einen Familienausflug nach dem Gasthaus
„Zur Fasanerie“ in Wegwalde in Wöhren zu machen.
Sammeln im Vereinslokal 1/2 Uhr, Abmarsch 2 Uhr.
Die Ortsgruppe Sommerfeld hatte am 17.
eine Mitgliederversammlung. Kollege Hermann
Klaude gab den Kassenbericht und erstattete Bericht
von der Konferenz in Forst. An Stelle des
Kollegen August Richter, der wegen vorgerückten
Alters sein Amt als Schriftführer niederlegte, wurde
Kollege Karl Walter, Hofmeisterstraße 65a, gewählt.
Kollege Woyt-Forst hielt einen Vortrag über Klein-
arbeit der Vertrauensleute in der Ortsgruppe.

Auch in Sorau war tags zuvor eine gut ver-
laufene Versammlung. Der Vortrag von Kollege
Woyt über unsere Aufgaben fand regen Beifall.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Wohlt. (Die Vorteile des gemeinsamen
Einkaufes.) Das hiesige Gewerkschaftsamt hat den
Mitgliedern seit Gründung Gelegenheit gegeben, sich eine
billige und gute Kohle zu verschaffen. Zu diesem Zwecke
wurde eine gemeinsame Kohleinkaufsstelle der christlichen
Berufsverbände gegründet. Jedes Verbandsmitglied konnte
Mitglied der Kasse werden, wenn es einen einmaligen
Beitrag von 3 Mk. entrichtete. Das Geld diente als
Betriebskapital, blieb aber Eigentum der Mitglieder und
sollte bei einer günstigen Entwicklung der Kasse wieder
zurückverstattet werden. Wie bei so vielen Einrichtungen,
so stießen auch diesem Unternehmen die allergrößte Mehr-
zahl der Kollegen fern. Mande Enttäuschungen, die die
Kasse anfangs erlebte, mag Ursache des Zurückhaltens so
vieler Kollegen sein. Ein Teil der Mitglieder hielt jedoch
an dem gegründeten Unternehmen fest, und mit der Zeit
wurden all die Schwierigkeiten überwunden. Heute steht
die Kasse als eine für die Kollegen günstige Einrichtung
da. Im vorigen Jahre konnten den Mitgliedern von dem
eingesparten Gelde zwei Mark zurückverstattet werden.
Neu beitretende Mitglieder hatten ein Eintrittsgeld von
nur 50 Pf. zu entrichten. Durch die Ermäßigung des
Eintrittsgeldes sollte es allen Verbandsmitgliedern
leicht gemacht werden, sich die Vorteile der Kohleinkaufsstelle
zu verschaffen. Von diesem Zeitpunkt an stieg die
Zahl der Teilnehmer stetig, und die Entwicklung der Kasse
war von da an eine sehr günstige. Am 10. Mai fand
die diesjährige Generalversammlung der Kohleinkaufsstelle
statt. Aus dem Jahresbericht ging hervor, daß ein
Ueberschuß von 1138,80 Mk. vorhanden ist. Auch die
Mitgliederzahl hatte immer mehr zugenommen. Von der
Kommission, die die Geschäfte der Kasse zu führen hat,
war ein Antrag gestellt, das gezahlte Eintrittsgeld den
Mitgliedern mit dem 1. Januar 1909 zurückzugeben und
alle, welche Mitglieder eines dem christlichen Gewerkschafts-
tarif angehörenden Verbandes sind, ohne Eintrittsgeld
aufzunehmen. Dieser Antrag wurde einstimmig ange-
nommen und tritt sofort in Kraft. Nach diesem Beschluß
ist allen Verbandsmitgliedern das Recht eingeräumt, sich
eine gute und billige Kohle zu verschaffen. Es wäre
wünschenswert, daß die Kollegen der einzelnen Verbände
den Bedarf an Kohlen nur von der Einkaufsstelle
bezögen, zumal wir eine ebenso gute, wenn nicht noch
bessere Kohle verkaufen, wie die Händler hier am Platze.
Außerdem haben die Mitglieder, die ihren Bedarf von der
Kasse beziehen, noch einen direkten Nutzen. Von der Kasse
erhält man Hausbrand oder Kohlen aus Preis von 95 Pf.
pro Zentner, dagegen muß man bei den hiesigen
Händlern für einen Scheffel Kohlen, welcher nur 85 Pf.
wiegt, eine Mark bezahlen. Nach einer genaueren Be-
rechnung haben die Mitglieder, die ihren Bedarf an Kohlen
von der Einkaufsstelle beziehen, an direktem Nutzen
auf 22 Pf. Rechnen wir, daß eine Familie im Jahre
80 Zentner Kohlen notwendig hat, was nach unserer Auf-
fassung nicht zu hoch gegriffen ist, so würde eine Familie,
die ihren Bedarf an Kohlen nur von den Händlern, von
der Kohleinkaufsstelle nähme, einen Nutzen von 80 x 22
Pfennig = 17,60 Mk. im Jahre haben. Somit wäre
der Verbandsbeitrag durch Einkauf von Kohlen
den Mitgliedern erspart. Darum ist es im
Interesse der Mitglieder, daß sie die Vorteile, die die
Kohleinkaufsstelle bietet, sich zum Nutzen machen. Das
Mißtrauen, welches der Kasse vielfach entgegengebracht
wurde, muß verschwinden. Es liegt seit langer Zeit kein
berechtigter Grund mehr vor, aber die Kohleinkaufsstelle
ein abschließendes Urteil zu fällen. Heute sind die Kollegen,
die schon seit langer Zeit von der Kasse Kohlen bezogen
haben, voll und ganz zufriedener. Unsere Vertrauens-
männer mögen die Frauen der Mitglieder aber die Vor-
teile, die die Kasse ihnen bietet, in geeigneter Weise auf-
klären. Für die Kollegen ist die Kohleinkaufsstelle ein
gutes Agitationsmittel, um die Unorganisierten von der
Notwendigkeit des Zusammenschlusses zu überzeugen.

Aus unserer Industrie.

Die gelbe Gefahr für die deutsche Seidenindustrie.
Es gehen gegenwärtig in Ostasien Dinge vor,
aussehend politischer Natur, welche aber für unsere

Seidenindustrie äußerst wichtig sind. Die bekannte
Fahrt der amerikanischen Flotte nach Ostasien, welche
anfangs zu ersten Beschränkungen Anlaß gab, ist
ziemlich unvermittelt zu einer Friedensfahrt geworden.
Japan hat zur größten Überraschung der Amerikaner
in dem Streit wegen der Auswanderung nachgegeben,
und zwar aus guten Gründen.

Japan leidet unter einer bedenklichen Finanzkrise.
Schon die letzte Finanzübersicht zeigt wenig erfreu-
liche Zahlen; die für das neue Jahr wird noch
schlechter. Die japanische Rohseidenausfuhr nach den
Vereinigten Staaten beträgt, wie die „Zeitschrift für
die gesamte Textilindustrie“, der wir diese Ausführungen
entnehmen, schreibt, gegenwärtig nur ein Drittel von
der um die gleiche Zeit des Vorjahres. Die Ver-
hältnisse in Amerika sind derart, daß für das laufende
Jahr eine wirkliche Erholung der amerikanischen
Wohlflechte nicht zu erwarten ist; dazu die Präsidenten-
wahl, welche erfahrungsgemäß Handel und
Industrie jedesmal schwächt.

Japan muß heute alles daran setzen, um mit
Amerika auf guten Fuß zu kommen, damit es nach
Möglichkeit den Rohseidenabsatz wieder vermehrt.
Heute steht schon fest, daß im Laufe dieses Jahres
riesige Mengen japanischer Seiden nach Europa
kommen werden, eben weil Japan alles zu Selbe
machen muß, was irgend in seiner Macht liegt.

Die Japan zugefallene Vormachtstellung im Osten
Asiens legt ihm auch für die Zukunft große Ver-
pflichtungen auf. Wie riesig schon die Ausfuhr z. B.
von Rohseide in einem Jahrzehnt geworden ist, be-
weisen folgende Ziffern. Im Jahre 1895 brachte
Japan für 48 Mill. Yen (1 Yen = 2.10 Mk.) Roh-
seide auf den Weltmarkt; im Jahre 1906 war die
Ausfuhrsumme auf ungefähr 105 Mill. Yen an-
gewachsen! Hier haben wir also den bei weitem
größten Ausfuhrartikel Japans vor uns. Kann man
aber hoffen, daß er viel dazu beitragen wird, den
Wert der japanischen Ausfuhr zu erhöhen, den Ueber-
schuß der Ausfuhr über die Einfuhr fortgesetzt zu
steigern? Die Seidenausfuhr Japans ist viel zu
unsicherer Natur, um eine feste und solide Grundlage
für die Finanzen abzugeben. Wir finden da Schwän-
kungen von Jahr zu Jahr, wie wir sie nicht so leicht
bei einem anderen Artikel treffen. So stürzte z. B.
die Ausfuhr von Rohseide aus Japan von 47,8 Mill.
Yen im Jahre 1895 auf 28,8 Mill. Yen im Jahre
1896; von 62 Mill. Yen im Jahre 1899 auf 44,6
Mill. Yen im Jahre 1900. Sie stieg von 74,4 Mill.
Yen im Jahre 1903 auf 88,7 Mill. Yen im Jahre
1904. Das sind ganz tolle Sprünge für den Haupt-
artikel der japanischen Ausfuhr; auf sie sich mit Ver-
rechnungen über den Ausfuhrüberschuß zu stützen, ist
ein gefährliches Beginnen.

Die Ausfuhr von Rohseide noch weiter nennens-
wert zu steigern, ist nicht möglich, weil das im Ver-
hältnis kleine Japan am Ende seiner Produktions-
möglichkeit in Rohseide angelangt ist.

Ganz anders steht die Sache bei Seiden-
waren. Die Entwicklung der japanischen Ausfuhr
in Seidenwaren übertrifft, was Schnelligkeit angeht,
die Ausfuhr in Rohseide noch um ein bedeutendes.
Im Jahre 1895 stellte die Ausfuhr von Seidenstoffen
einen Wert von 15 338 000 Yen dar; von 22 922 000
Yen im Jahre 1900; von 31 448 000 Yen im Jahre
1903 und von 42 694 000 Yen im Jahre 1904!

Hier bei den Fertigerzeugnissen liegt die Möglich-
keit, die Ausfuhr wirklich zu „fortzujagen“, und hier
werden die Japaner auch mit ganz besonderer Kraft
einsetzen, um eine Steigerung der Ausfuhr zu er-
zielen. Insbesondere dürfte dies für die schon so
hochentwickelte Ausfuhr von Seidenwaren gelten.
Die ängere Schuld und die Notwendigkeit ihrer Ver-
zinsung drängt nun einmal dazu, immer größere
Warenwerte ins Ausland zu schicken. Tut aber da
Japan nicht am besten, wenn es das Erzeugnis nicht
im rohen Zustande, sondern möglichst in bearbeiteter
Ausfuhr, seine Rohseidenausfuhr tauschlich in Seiden-
warenausfuhr umwandelt? Ein Kilo Seidenwaren
besitzt doch einen viel höheren Wert als ein Kilo
ausgeführter Rohseide, mit einem Kilo Seidenwaren
kann man mehr ausländische Zinsen bezahlen, als
mit einem Kilo Rohseide.

Es war vorauszu sehen, daß der russisch-japanische
Krieg in seinen allerletzten Folgen eine starke Steige-
rung der japanischen Ausfuhr von Seidenwaren zur
Folge hat, und der Markt, auf dem diese Erscheinung
am deutlichsten zutage trat, dürfte der amerikanische
sein. Japan wird immer größere Posten seiner
Seidenerzeugnisse dort unterzubringen suchen, im
Wettbewerb mit dem europäischen, beson-
ders mit der deutschen Seidenindustrie.
Japan hat uns in Amerika, was die Einfuhr von
Seidenwaren anlangt, ohnehin schon Boden geraubt;
besonders nach dem Kriege, unter dem Drange zu
einer immer größeren Ausfuhr, wurde der Welt-
gewerkschaftskampf auf dem amerikanischen Markte noch
viel schärfer.

Es ist der Mühe wert, sich die Entwicklung der
Einfuhr von Seidenwaren in die Vereinigten Staaten
und die Beteiligung Japans daran vor Augen zu
halten, man bekommt dabei eine Ahnung von der
Kraft Japans. Im Jahre 1890 führte Japan für
1 1/4 Mill. Dollar Seidenwaren nach Amerika aus;
Frankreich für 16 1/2 Mill., Deutschland für 10 1/2 Mill.,
England für 6 1/2 Mill., die Schweiz für 3 1/2 Mill.
Doll. Im Jahre 1905 führte Japan für 5 1/2 Mill.
Dollar aus, Frankreich für 13 1/2 Mill., Deutschland
für 4 1/2 Mill., England für 1 1/2 Mill., die Schweiz
für 4 1/2 Mill.

Eine Auffassung, die zu denken gibt! Vor 15
Jahren war Japan nur mit 3 Proz. an der Einfuhr
der Vereinigten Staaten in Seidenwaren beteiligt;
Frankreich, Deutschland, die Schweiz, England, alle
namhaften, Seide verarbeitenden Länder Europas
schickten mehr nach den Vereinigten Staaten als das
Land der aufgehenden Sonne, das unter den Bezugs-
ländern der Vereinigten Staaten erst an fünfter Stelle
stand. Und jetzt? Im Jahre 1896 hat Japan Eng-
land zurückgedrängt und sich an den vierten Rang
geholt. Im Jahre 1904 hat es um eine Kleinigkeit
auch schon die Schweiz geschlagen und sich als das
drittgrößte Bezugsland der Vereinigten Staaten für
Seidenwaren erwiesen. Im Jahre 1905 schob
es nun auch Deutschland aus seiner Stellung heraus
und drängte sich an die zweite Stelle bei der Ein-
fuhr von Seidenwaren in die Vereinigten Staaten!
Japan hat von 1890-1905 seine Verwendungen in
Seidenwaren nach den Vereinigten Staaten um nicht
weniger als 350 Proz. gesteigert; vom fünften ist es
zum zweiten Bezugslande der Vereinigten Staaten
aufgerückt. Das sind Tatsachen, welche frohe Aussicht
auf die Zukunft der europäischen Seidenfabrikanten
und ihres Geschäftes nach den Vereinigten Staaten
von Amerika nicht eröffnen. Peking, Zürich und
Lyon werden in ihrer Art zu der „Jindien“ für die
ausländischen japanischen Anbieter verdrängen müssen,

insofern sie weniger Geschäfte nach den Vereinigten
Staaten machen, doch das Feld den Japanern immer
mehr zu überlassen gezwungen sein werden.

In der Abnahme unserer Ausfuhr nach
Amerika ist neben dem Wachstum der amerikani-
schen Textilindustrie vor allem das Vordringen
Japans schuld. Mit sehr geringen Löhnen rechnend,
den Rohstoff im Lande erzeugend, ist die dortige
Seidenindustrie weit besser als Europa imstande, den
hohen amerikanischen Seidenzöllen zu begegnen.
Während die europäische Seidenindustrie bei der
Ausfuhr nach Amerika mehr oder minder die Flügel
hängen läßt, kommen die Japaner immer mehr vor-
wärts. Das Land ist gezwungen, seine Rohseiden-
ausfuhr immer mehr in eine wertvollere Ausfuhr
von Seidenwaren umzugestalten. Japan wird uns
aus dem amerikanischen Markt, der für unsere Seiden-
industrie schon gewaltig an Wert einbüßt, immer
mehr herausdrängen.

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Willst du ein christlicher Arbeiter sein, dann
zeige dich auch stets als solchen. Nicht der Name
beweist dein Christentum, sondern dein Handeln.
Christliches Gebot ist, daß du deinen Nächsten lieben,
deinen Stand achten und ehren sollst. Du kannst
und mußt praktisches Christentum üben in der christ-
lichen Gewerkschaft. Dort arbeitest du für dein
Wohlergehen, für deine Familie, für deinen
Stand, für dein Vaterland. Wer die christliche
Arbeiterbewegung nach Prozenten berechnet, der ist
ein Egoist. Egoismus aber ist dem Christentum
zuwider.

Sozialdemokratische * Finsterei. Aus dem
Zentralbureau des christlich-sozialen Metallarbeiter-
verbandes wird uns geschrieben:

„Eine Differenz, die zwischen einigen Vorstands-
mitgliedern der Ortsgruppe Aachen 1 vom christlichen
Metallarbeiterverband und der Zentralleitung ent-
standen, hatte die Absetzung des Vorstandes und
Ausschluß des Vorsitzenden zur Folge. Dieser Vor-
gang wird von der sozialdemokratischen Presse in
längeren Artikeln in unwahrer, tendenziöser Weise
auszuschichten versucht. Es wird u. a. der Vor-
wurf erhoben, als wäre die Ortsgruppe von der
Zentralleitung freizügig und ungerechtfertigt be-
handelt worden, und seien deshalb hunderte von
Mitgliedern aus dem Verbandsverbande ausgetreten usw.“

Demgegenüber hat der Verbandsvorstande wieder
derselben Presse folgende Vertichtigung zugesandt:

1. Es ist unwar, daß hunderte von Mitgliedern
des Aachener Bezirkes, fast die ganze Zahlstelle
Aachen 1, aus dem christlichen Metallarbeiterverband
ausgetreten sind; ebenso ist unwar, daß dieselben
ausgetreten sein sollen, weil ihnen vom Verbands-
vorstande wieder verweigert worden sei, krank und
arbeitslose Mitglieder aus lokalen Mitteln zu unter-
stützen.

Wahr ist vielmehr, daß die Differenz mit der
Verwaltung der Ortsgruppe Aachen 1 mit dem
Unterstützungswesen nichts zu tun hat, dieselbe
vielmehr seit dem Zeitpunkt sich entwickelte, als der
Vorstande Herzogenrath nicht als besoldeter Be-
amter vom Verband freigestellt wurde. Ebenso ist
es wahr, daß die seitige Leitung der Ortsgruppe
Aachen 1 die Beschäfte der Bezirkskonferenzen und
Anordnungen der Verbandsleitung fortgesetzt miß-
achtete und ignorierte, weshalb die Verbandsleitung
sich gezwungen sah, die Ortsverwaltung aufzulösen
und mit der Ortsgruppe Aachen 2 zu verschmelzen.

2. Es ist unwar, daß die Ortsgruppe überall
zurückgesetzt, oder daß wieder als Diktator auf-
getreten, oder die Zahlstelle nach Willkür oder un-
gerecht behandelt habe.

Wahr ist vielmehr, daß sowohl wieder wie der
Zentralvorstand jahrelang dem Vorstande der Zahl-
stelle Aachen 1 gegenüber die größte Rücksicht geübt
und sich alle Mühe gegeben haben, um die schweben-
den Differenzen auszugleichen, und erst als alle Mühe
vergeblich war, wurde der Vorstand der Ortsver-
waltung seines Amtes enthoben und der Vorsitzende
Herzogenrath, als Urheber der Differenzen, aus dem
Verbande ausgeschloffen.

3. Es ist unwar, daß die Zentralleitung zwei
Revisoren veranlaßt, eine Abrechnung nicht zu
unterschreiben; ebenso unwar ist es, daß sie sich
hinter einzelne Mitglieder versteckt habe.

Wahr ist vielmehr, daß zwei Revisoren der Zahl-
stelle 1 bei der Quartalsrevision über Agitations-
ausgaben Auskunft verlangten, welche ihnen vom
Seiter der Zahlstelle, Herzogenrath, verweigert
wurde, sie deshalb es ablehnten, die Abrechnung zu
unterschreiben und sich beschwerend an die
Zentrale wandten.

Wahr ist ferner, daß die erwähnten Revisoren
dieserhalb gegen alles Recht und das Statut von
Herzogenrath eigenmächtig abgesetzt und aus der
Ortsgruppe ausgeschloffen wurden. Wieder sah sich
deshalb gezwungen, einzugreifen, die Mitglieder
gegen die Diktatur-Willkür und Ungerechtigkeit zu
schützen und ihnen ihre Rechte zu wahren.

Ebenso ist es wahr, daß Herzogenrath Mitgliedern
die Auszahlung von Unterstüzungen verweigerte,
obwohl seitens der Zentrale eine Anweisung zur
Auszahlung vorlag.

4. Es ist unwar, daß in der Versammlung
fast kein Mann im Saale blieb als Vork, Wieder,
Wernerus und ein paar ihrer Freunde.

Wahr ist dagegen, daß am Schluß derselben
Herzogenrath mit 10 bis 12 Mann absog und alle
andern im Saale verblieben.

Wahr ist ferner, daß bei dem Versuch, eine
lokale Gruppe zu bilden, nur 13 Mann sich um
Herzogenrath geichart haben, alle andern aber nach
wie vor dem Verbandsangehörigen.

Wahr ist ferner, daß Herzogenrath erst durch
Polizei und Staatsanwalt zur Herausgabe der
Verbandsunterlagen und Kassenbestände gezwungen
werden mußte.

Aus gegnerischen Organisationen.

Wieder eine Illustration zur „Neutralität“
des „freien“ Textilarbeiterverbandes. Daß die
freien Gewerkschaften politisch nicht neutral sind,
sondern sich mit der Sozialdemokratie einsehen,
wagen selbst die Beamten dieser Gewerkschaften nicht
mehr zu leugnen. Sie bemerken sich denn auch, aus
den Mitgliedern der Gewerkschaften möglichst gute,
klassenbewußte Parteigenossen heranzubilden. Dies

geschieht besonders in Agitations- und Mitglieder-
versammlungen. Auch die verschiedenen Vorstande
leiten auf diesem Gebiete ihr möglichstes. Mancher
Gewerkschaftsbeamte und Redakteur sieht in der Er-
ziehung der Gewerkschaftsmitglieder zu wachsenden
Genossen seine Hauptaufgabe, die Wahrung der wirt-
schaftlichen Interessen dieser Arbeiter kommt erst
in zweiter Linie. Dieser Ansicht scheint auch die
Generalversammlung des sozialdemokratischen Textil-
arbeiterverbandes zu teilen. Auf der Generalver-
sammlung kam es nach einem Referat einer Arbeiterin
zu ersten Auseinandersetzungen. Und warum? In
Ermangelung eines Gewerkschaftsblattes für Frauen
wurde bis jetzt den im sozialdemokratischen Textil-
arbeiterverbande organisierten Arbeiterinnen „die
Gleichheit“, ein radikal sozialistisches Frauenblatt,
zugestellt. Die Generalkommission der sozialdemo-
kratischen Gewerkschaften beschloß nun, ein eigenes
Organ für gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen
herauszugeben. Dies sollte also mehr ein Gewerks-
chaftsblatt sein. Gegen diese Meinung wandte sich
nun die Mehrzahl der Delegierten der Textilarbeiter,
insbesondere die Zentralvorstandsmitglied. Dieser
Verband, der die Mehrzahl der freioorganisierten Ar-
beiterinnen (46,500) zu seinen Mitgliedern zählt,
will für letztere kein ausgeprochenes Gewerkschafts-
blatt, und warum? Weil er seine Arbeiterinnen nicht
nur zu Gewerkschaftlerinnen, sondern auch zu Sozial-
istinnen erziehen will. Dies hat das Zentralvor-
standsmitglied Jädel unverblümt ausgesprochen. Nach
dem Bericht in der „Mittelhauser Volkszeitung“ führte
derselbe wörtlich aus:

„Man hat sich darüber aufgeregt, daß wir für die
„Gleichheit“ agitieren. Man hat Frauen geraten, doch
nicht für die „Gleichheit“ zu schreiben. Wir wissen, daß
kein Frauenblatt an die „Gleichheit“ heranreicht; des-
halb behalten wir sie. Wir wollen die Frauen nicht zu
Kungewerkschaftlerinnen, wir wollen sie zu Sozialistinnen
erziehen.“

Und der Gauleiter Reimes führte aus:

„Eine offizielle Frauenbeilage... könnte in ihrer
Konsequenz Absichten auf Verdrängung der „Gleichheit“
herbeiführen. Dagegen aber müssen wir ein für allemal
heute schon Stellung nehmen, ganz gleich, von welcher
Seite berartige Absichten geübt werden. Unsere Ar-
beiterinnen sollen nicht nur zu Gewerks-
chaftlerinnen, sondern als Sozialistinnen
erzogen werden. Als Gewerkschaftlerinnen
gehen sie uns meistens nach ihrer Berechti-
gung verloren, als Sozialistinnen aber
finden sie dann gerade das Betätigungsfeld,
auf dem sie als Ergießerinnen einer neuen
Generation für die Gesamtziele und die
großen Ideale der Partei und der Arbeiter-
bewegung wirken können.“

Der politische Zweck wird also dem gewerkschaft-
lichen höher geschätzt. Das muß man sich merken,
um den „freien Verbänden“ bei ihren Forderungen
unter den Arbeiterinnen damit um die Ohren zu
schlagen. In Nr. 17 des „Textilarbeiters“, Organ
des roten Verbandes, wird der von uns zitierte
Artikel über die „Meritale Hochburg Aachen“ aus
der „Gleichheit“ abgedruckt. Die Redaktion schreibt
folgende Einleitung dazu:

„Die nachfolgende, aus der Feder unseres Kollegen
B. Reimes in Krefeld stammende kulturpolitische
Abhandlung über die Wirkungen der Klerikalen Ver-
bündungspolitik in der rheinischen Tuchmetropole
Aachen befindet sich in Nr. 7 der „Gleichheit“ und wird
uns mit der Bitte um Abdruck überliefert. Wir
kommen dieser Bitte sehr gerne nach und zwar schon
deshalb, weil aller Voraussicht nach in Aachen wegen
der Einführung des Zweifelhülfsrechts sehr ernste Differenzen
ausbrechen werden, weshalb es für unsere Leser wichtig
ist, zu erfahren, in welchen heillosen Verhältnissen
sich die dortige Arbeitererschaft befindet. Diese kultur-
politische Abhandlung über die Wirkungen der Klerikalen
Verbündungspolitik mag aber auch auf unsern Mit-
gliedern als heilsame Lehre dienen, dahingehend,
sich nicht erst in die Fänge des Klerikalismus zu
geben, sondern alle Kräfte überzubeherrschender Vereinfach-
heit in unerwarteter Weise aufzuwenden, um jene be-
dauernderen Opfer des Kapitalismus und den
Fängen des Klerikalismus, welche letzterer nur
der gewissenlose Zuträger des Kapitalismus
ist, zu entreißen.“

Unsere Kollegen und Kolleginnen werden diese
Ausführungen in die Mappe legen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Der Berliner Krankenkassenkongreß. Die
Reform der Arbeiterversicherungsgesetze. Am
11. und 12. Mai fand in den Germania-Sälen zu
Berlin ein Krankenkassenkongreß statt, der einen
außerordentlich starken Besuch aufwies. Vertreten
waren 764 Kassen mit 4 781 633 Mitglieder durch
1115 Delegierte. Die Kassen verteilten sich auf 566
Ortskrankenkassen, 25 Innungskrankenkassen, 96 Be-
triebskrankenkassen und 77 freie Hilfskassen. Ein
Drittel der Delegierten waren Arbeiter. Wir
in Deutschland insgesamt über 11 Millionen Be-
sitzer in den Krankenkassen haben, kann der Kon-
greß zwar nicht als eine allgemeine Veranstaltung
angesehen werden. Den größten Prozentsatz der Ver-
treter bildeten die Ortskrankenkassen mit 4 156 000
Mitgliedern. An Mitgliedern überhaupt haben sämt-
liche Ortskrankenkassen Deutschlands 5 637 390. Am
schwächsten vertreten waren die Betriebskrankenkassen.
Die Regierung hatte eine Befragung des Kongreßes
abgelehnt. Das war u. E. nicht klug. Eine Reihe
politischer Parteien hatten Vertreter entsandt.

Nach den zwei gehaltenen Referaten über die
Bestrebungen zur Reform der Arbeiterversicherung
und der Bedeutung der Selbstverwaltung der Kranken-
kassen und deren Gefährdung mit anschließendem
Diskussion wurden folgende Beschlüsse angenommen:

1. Organisation. 1. Wenn auch die Zusammen-
legung aller Zweige der Versicherung nach wie vor er-
strebenswert ist, so ist doch vor allem eine organische
Verbindung der Versicherungs Zweige dringlich. 2. Zur
Durchführung der gesamten Versicherung sind allgemeine
Versicherungsanstalten für räumlich abgegrenzte Bezirke
zu errichten. Zur Erleichterung des Verkehrs sollen Zwangs-
verwaltungsstellen je nach Bedarf errichtet werden. 4.
Selbstverwaltung auf breiter Grundlage.

Für den Fall, daß die Zusammenlegung der Arbeiter-
versicherung nicht zustande kommt: Zentralisation der
Krankenkassen; gemeinsame Ortskrankenkassen für
die Städte; Bezirkskrankenkassen für die Landgemeinden
unter Aufhebung der übrigen Krankenkassenformen, soweit
sie sich nicht auf Gewährung ergänzender Krankenunter-
stützung beschränken.

II. Verwaltung. Die Arbeiterversicherung der Ver-
sicherten unter berechtigter Mitwirkung derjenigen, welche
zu den Lasten der Versicherung beitragen. Ausgehend
von diesem Grundsatz sind die Verwaltungsorganen
so zu organisieren, daß den Versicherten der maßgebende
Einfluß eingeräumt wird.

